

PRESSEDIENST

Große Übereinstimmung zwischen Ministerpräsident Wulff und Philologenverband in bildungspolitischen Grundsatzfragen Sorge um „Lehrerflucht“ aus Niedersachsen

Philologenverband Niedersachsen

Sophienstr. 6
30159 Hannover

Tel. 05 11/3 64 75-0
Fax 05 11/3 64 75-75
Web www.phvn.de
eMail phvn@phvn.de

Verantwortlich:
Helga Olejnik

Die Rede von Ministerpräsident Wulff vor dem Philologentag hat eine große Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen der Bildungspolitik ergeben. Dies unterstrich der Vorsitzende des Philologenverbandes Guillermo Spreckels auf einer Pressekonferenz in Goslar.

Auch bei bisher kontroversen Standpunkten zum Schulreformprogramm der Landesregierung sei eine Übereinstimmung in vielen Fragen feststellbar. So habe der Ministerpräsident eindeutig erklärt, dass die staatliche Gesamtverantwortung für das Schulwesen auch bei Einführung der Eigenverantwortlichen Schule erhalten bleibe. Damit ist eine wesentliche Forderung des Philologenverbandes erfüllt, der nachdrücklich für ein Mindestmaß an Einheitlichkeit im Schulwesen eintritt, damit ein Schulwechsel nach wie vor ohne Zeitverlust möglich ist.

Auch die Erhaltung der Gesamtkonferenz mit wesentlichen Rechten habe Wulff zugesichert und damit einer weiteren grundsätzlichen Forderung des Philologenverbandes Rechnung getragen.

Im Übrigen habe der Ministerpräsident weitere Gespräche über nach wie vor strittige Positionen angeboten.

Ein solcher Streitpunkt sei etwa der im Schulgesetzentwurf vorgesehene „Schulbeirat“ als Beratungs- und Aufsichtsorgan in der Schule. In einer Resolution hätten die Delegierten des Philologentages ihre Befürchtung unterstrichen, dass ein solches Gremium durch „unprofessionelles Hineinregieren“ der schulischen Arbeit schaden könne.

Skeptisch stehe der Philologenverband auch der geplanten Schulinspektion, einer mehrtägigen Überprüfung der Schulen durch eine Zweier-Kommission, gegenüber. Die bisher vorgesehenen Maßstäbe für die Schulqualität seien teilweise fragwürdig, die schulformbezogene Qualifikation des Inspektionspersonals nicht zwingend vorgegeben und die vorgesehenen Unterrichtsbesuche von lediglich 20 Minuten Dauer für eine Qualitätsbeurteilung unzureichend.

Der Philologentag habe deshalb den Kultusminister aufgefordert, die Qualitätskontrollen an die Besonderheiten des gymnasialen Bildungsauftrages anzupassen. Die Zahl der für die fachliche Qualitätssicherung zuständigen Fachberater dürfe keinesfalls abgebaut werden.

Die wachsende Empörung über die einschneidende Verschlechterung der Einkommenssituation der Lehrkräfte habe sich auf dem Philologentag erneut Luft gemacht, betonte Spreckels. Sie sei in keinem anderen Bundesland so ausgeprägt wie in Niedersachsen. „Leistung lohnt sich für Lehrer immer weniger“ – diese Meinung breite sich aus und könne sich auf das Reformengagement negativ auswirken. Schon jetzt sei ein Wettbewerb um Lehrkräfte mit Mangelfächern zwischen den Bundesländern in Gange, der sich in wenigen Jahren erheblich verschärfen werde. Eine Politik, die

Arbeits- und Einkommensverhältnisse der niedersächsischen Lehrerschaft uferlos verschlechtere, werde in absehbarer Zeit zu einer „Flucht“ junger Lehrer aus Niedersachsen und damit zu einem drastischen Unterrichtsausfall in Fächern wie Mathematik, Physik, Chemie oder Latein führen. Damit sei eine Verschlechterung der Lernchancen der Schüler und ein Absinken der Schulqualität vorprogrammiert.

Goslar, 01.12.2005